

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 71 (1977)
Heft: 2

Artikel: Loslösung Namibias von Südafrika in Sicht
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142625>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nen, wenn wir an der Sache festhalten und ihrem lebendigen Ruf dienen lernen. Da ist (es handelt sich hier lediglich um einige Beispiele) die Politik der Weltmächte mit ihrer Macht-Gewalt-Militär- und atomaren Rüstungs- und Vernichtungspolitik, die trotz aller zwanghaften «Entspannung» leicht von der in ihr enthaltenen Droh- und Sicherheitspolitik zum Katastrophenfall fortschreiten kann. Sie schließt ja auch das Verbrechen der Milliardenausgaben für die Rüstungen und den Waffenhandel ein, das den sogenannten Entwicklungsländern die materielle, geistige, politische und menschliche Entfaltungsmöglichkeit vor-enthält und zur perversen Situation der Verwandlung der Welt in eine Räuber- und Mörderhöhle führt. **Das geschieht alles solange nicht in den Völkern durch eine entschlossene Vorhut und dann durch die Völker selbst die Revolution der Friedensschaffung sich durchsetzt.** Wir erinnern an Max Frisch's Wort: «Der Glaube an eine Möglichkeit des Friedens (und also des Ueberlebens der Menschen) ist ein revolutionärer Glaube». Und ebenso verhält es sich mit der Revolution der Gerechtigkeit für die Menschen aller Völker, die mit der Revolution des Friedens aufs engste verknüpft ist. Die Völker selbst, von ihren Rüstungslasten befreit, können dann das für- und miteinander erschaffen, was sie brauchen: Arbeit und Brot auch für die ärmsten ihrer Glieder, für ihre Kranken und Geschädigten Hilfe und Heilung, und eine Entfaltung ihres Menschentums in Freiheit und Frieden.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs versuchte man in der Schweiz in der Arbeitsgemeinschaft «Neue Demokratie» ein ähnliches Bündnis, wie es Jean Ziegler vorschlägt. Es ist gescheitert. Ein Grund zur Skepsis? Sogar wenn wir skeptisch wären: **Ein menschlicher Ruf und eine menschliche Sache, die sich mit ihrer Verpflichtung vor uns stellen, dürfen nicht abgewiesen werden. Sie müssen, wenn irgend möglich, besser ausgefochten werden.** Kümmern wir uns darum, daß dieser Ruf nicht ungehört bleibt und fördern wir nach unseren Kräften die **Bereitschaft** und die **Sammlung** und helfen wir mit, eine **Aktionsgemeinschaft** zu schaffen, die das Schweizer Volk zu menschlichen Zielen und Entscheidungen rufen kann.

Albert Böhler

Loslösung Namibias von Südafrika in Sicht

In Namibia ist Südafrikas direkte Herrschaft in Auflösung begriffen. Es geht jetzt darum, wie sich dieser Prozeß vollzieht, wem die Macht übertragen wird und in welchem Ausmaß es der Republik Südafrika gelingt, weiterhin eine indirekte, verschleierte Kontrolle durch wirtschaftliche Monopole und militärische Unterstützung auszuüben.

Namibia, die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika (von 1884—1915) kam nach dem Ersten Weltkrieg unter britische Mandatsverwaltung. Im Jahr 1918 übergab der Völkerbund Südwestafrika der damaligen Südafrikanischen Union (der späteren Republik Südafrika) als Mandatsgebiet. In der Folge hat sich Südafrika nicht nur geweigert, mit den Vereinten Nationen einen Treuhandvertrag abzuschließen, sondern es hat das Land seinem Apartheidregime unterstellt. Nach jahrelangen, fruchtlosen Verhandlungen für die Freigabe Südwestafrikas erklärte die UNO 1966 das Mandat als erloschen. Das Land wurde 1968 in «Namibia» umbenannt (nach der Namibia-Wüste). Seither hat sich der Befreiungskampf gegen die illegale Besetzung Namibias durch Südafrika zusehends verstärkt und das auch mit internationaler Unterstützung. Insbesondere ist dies dem ausländischen Flügel der Befreiungsbewegung SWAPO (South West African People's Organization, Südwestafrikanische Volksorganisation) auf diplomatischer Ebene gelungen. Sie wurde 1975 von der UNO wie auch von der OAU (Organization for African Unity) als authentische Vertretung der Bevölkerung Namibias anerkannt. Von der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) und der WHO (World Health Organization) ist die SWAPO als assoziiertes Mitglied anerkannt worden.

Der Kampf der Namibier für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung geht bis zum Beginn der Kolonisierung des Landes durch die Deutschen zurück. 1904 kam es zu Volksaufständen gegen die deutschen Kolonialherren. Der Widerstand der Namibier wurde auf grausamste Weise blutig niedergeschlagen. Vom Stamm der 80 000 Hereros blieben noch 16 000 übrig, die Namas wurden von 20 000 auf 10 000 dezimiert. Erst in den fünfziger Jahren organisierten sich namibische Wanderarbeiter in Kapstadt zu einer nationalen Arbeiterbewegung unter der Führung von Toivo Ja Toivo, einem Angehörigen der Ovambo-Volksgruppe, der bald darauf verhaftet wurde und seither als Gefangener in Südafrika auf der berüchtigten Insel Robben Island festgehalten wird. Diese erste Arbeiterorganisation wurde 1958 in «Ovamboland People's Organization» (OPO) umbenannt. In den folgenden Jahren protestierte die OPO, der sich verschiedene Häuptlingsorganisationen anschlossen, mit Petitionen und Demonstrationen gegen die Apartheidpolitik. Der erfolgreiche Boykott, 1959, in Windhoek (Hauptstadt Namibias) der staatlich kontrollierten Bierlokale, Kinos, Tanzrestaurants und Verkehrsmittel wurde von den südafrikanischen Regierungstruppen gewaltsam beendet. Die OPO, die unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen immer mehr an Einfluß gewann, nahm im Juni 1960 den Namen South West African People's Organization (SWAPO) an.

Nachdem zu Beginn der sechziger Jahre nach dem Massaker von Sharpeville in Südafrika die südafrikanischen Befreiungsbewegungen erkannt hatten, daß ihre bisherigen gewaltfreien Kampfmethoden zur Beseitigung der Apartheid gänzlich erfolglos blieben, setzte sich die Ueberzeugung durch, daß der bewaffnete Kampf ein legitimes Mittel gegen die totalitäre Staatsgewalt sei.

Als nach Sharpeville und den Bauernrevolten im Pongoland der Transkei (1960) Südafrika sich an die Zerschlagung der SWAPO in Namibia machte, indem ihre Führer und Hunderte ihrer Mitglieder verhaftet oder verbannt wurden, setzte 1964 eine Massenauswanderung der Namibier in das benachbarte Zambia und Botswana ein. Von der zweiten Hälfte der sechziger Jahre an riß der bewaffnete Befreiungskampf nicht mehr ab. Die Regierung nahm Massenverhaftungen vor und versuchte durch exemplarische Terrorprozesse die Bevölkerung einzuschüchtern. Die südafrikanische Regierung stationierte über zwanzigtausend Militärs und Polizisten in Namibia. Trotz all dieser Gewaltakte und totalem Streikverbot legten Ende 1971 und Anfang 1972 vierzigtausend Ovambo-Arbeiter in den Minen, in Kleinbetrieben und auf den Farmen ihre Arbeit nieder. Schwarze Polizisten weigerten sich, gegen die Streikenden vorzugehen. Ueberrascht von diesen Ereignissen verhängte die Vorster-Regierung zunächst eine Nachrichtensperre über Namibia. Durch Verhandlungen und Kompromisse mit den Streikenden in nebensächlichen Fragen versuchte die weiße Regierung, diese unvorhergesehene Entwicklung einzudämmen.

In den jahrelangen, mühsamen Verhandlungen zwischen der Regierung Südafrikas und der UNO war Premier Vorster in erster Linie darauf aus, Zeit zu gewinnen, um seine in Südafrika praktizierte Bantustanpolitik auch in Namibia zu verwirklichen; das heißt, Namibia soll unabhängig werden mit der Auflage: Aufteilung des Landes unter elf Völker. Dabei würde das fruchtbarste und am weitesten entwickelte Gebiet, in dem sich die Industriezentren und die Bodenschätze befinden, an die weißen Siedler (elf Prozent der Bevölkerung), die Buren und die Nachkommen der deutschen Kolonisten, fallen. Es ist offensichtlich, daß die Schaffung der Bantustans (Heimatländer) nach südafrikanischem Muster, die Aufrechterhaltung der Rassenentrennung, die totale wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika, die Verhinderung eines einheitlichen namibischen Staates zum Ziel hat, wobei die weiße Wirtschaft mit Hilfe der billigen schwarzen Arbeitskräfte wie bisher weiter prosperieren könnte.

Diese von der Republik Südafrika konsequent durchgeführte Strategie der Aufsplitterung des Landes wird von der UNO und der SWAPO strikte abgelehnt; sie fordern die Schaffung eines Einheitsstaates Namibia, der die einzige Möglichkeit für Selbstbestimmung und

echte Unabhängigkeit bietet. Es hat sich gezeigt, daß jeder Plan, der die ethnischen Unterschiede in der schwarzen Bevölkerung unterstreicht, unausweichlich zu Uneinigkeiten unter den Führern der «Heimatländer» führt, was von der weißen Minderheit für eine Politik des «Teile und Herrsche» ausgenützt wird.

Da die SWAPO ihre größte Anhängerschaft bei den Ovambos, der zahlenmäßig größten ethnischen Gruppe des Landes (rund 50 Prozent der Gesamtbevölkerung) hat, stößt sie bei den kleinern Stammesgruppen, etwa den Hereros, Namas, Damaras und andern aus Furcht vor der Ovambo-Vorherrschaft auch auf Opposition. Diese Situation wird von der Vorster-Regierung ausgiebig ausgenützt durch Unterstützung von schwarzen südafrikawilligen Häuptlingen, wie etwa des berüchtigten Ovambo Chefministers Filemon Elifas, unter dem, die durch die westliche Presse bekannt gewordenen öffentlichen Auspeitschungen von «Oppositionellen» (viele SWAPO-Mitglieder, Lehrer, Krankenschwestern) stattfanden. Am 16. August 1975 wurde Filemon Elifas ermordet. Obschon sich die SWAPO sofort von diesem Attentat distanzierte, kam es zu einer gnadenlosen Verfolgung der SWAPO; unter den Gefangenen gab es auch Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche. In der Folge kam es zu einer Massenflucht von gefährdeten namibischen Einheimischen nach Sambia, Angola und Botswana.

Wie in der Republik Südafrika gibt es neben den typischen Marionetten-Häuptlingen (wie Filemon Elifas) Stammeshäuptlinge, die sich in vielem von der Apartheidpolitik distanzieren, aber doch bereit sind, mit Pretoria zu verhandeln, da sie sich von der südafrikanischen Teilungspolitik mehr versprechen (für sich) als von einer politischen Lösung durch die UNO oder durch einen bewaffneten Befreiungskampf der SWAPO. Zu ihnen gehört Kapuuu, des Stammeshäuptling der Hereros (in Südafrika Matanzima, Chefminister der Transkei).

Neben diesen schwarzen Stammeshäuptlingen spielen bei der Verwirklichung der Bantustan-Politik die weißen, sozusagen durchwegs pro-südafrikanisch eingestellten, deutschstämmigen Namibier eine wichtige Rolle. Die überwiegende Zahl besitzt zudem auch die südafrikanische Staatsbürgerschaft. Sie bilden sozusagen das Bindeglied zwischen dem schwarzen Namibia und dem Apartheid-Regime Südafrika. Die weiße Regierung Namibias (Nationalist Party und United Party) ist seit 1949 durch zehn Parlamentarier im südafrikanischen Parlament vertreten.

Was läßt sich nun zum Gang des Geschehens sagen? Nachdem der Weltsicherheitsrat am 17. Dezember 1974 Südafrika aufgefordert hatte, konkrete Schritte zum baldigen Rückzug aus dem illegal besetzten Namibia zu unternehmen, erklärte Premier Vorster am Jahreskongreß der Africaanser Handelskammer in Windhoek (20. Mai 1975), er ak-

zeptiere keine Kontrolle der UNO. Im weiteren führte er aus, die Bewohner Namibias sollten selbst, ohne Beeinflussung von außen, über ihre Zukunft entscheiden und Südafrika könne im Gegensatz zu den Vereinten Nationen die SWAPO nicht als alleinigen, authentischen Repräsentanten des namibischen Volkes anerkennen. Er verwies auf die am 1. September 1975 vom südafrikanischen Ministerium für Namibia geplante Verfassungskonferenz in Windhoek zur Vorbereitung der baldigen Selbstbestimmung Namibias. Vorster betonte, daß an dieser Konferenz nur Repräsentanten der Bevölkerungsgruppen, nicht aber politische Parteien (SWAPO) teilnehmen können. Diese Turnhallenkonferenz (so genannt nach ihrem Tagungsort einer ehemaligen deutschen Turnhalle), deren Teilnehmer — darunter die zukünftigen «Heimatländer-Führer» — vom Pretoria-Regime ausgewählt wurden, ist für eine Dauer von drei Jahren (bis Ende 1978) angesetzt worden. Es ist nicht verwunderlich, daß von Anbeginn an und bis heute keine Einigung erzielt werden konnte, an einer Konferenz, wo für eine Verfassung für eine Konföderation der südwestafrikanischen Stammesgebiete beraten wird, an der zwölf Konferenzsprachen zugelassen sind, wo eine Vielzahl der Teilnehmer Analphabeten sind und wo Beschlüsse nicht durch Abstimmung sondern durch allgemeine Zustimmung getroffen werden.

Der zuletzt ausgearbeitete Konföderationsplan (das Schweizer politische System soll als Modell gedient haben) erweist sich allem Anschein nach als ein Katalog von sich widersprechenden Vorschlägen. Uneinigkeit zeigt sich darin, daß die Ovambos, der größte Volksstamm des Landes, proportional in der Zentralregierung vertreten sein will; die übrigen Minoritätengruppen, die eine Vormundschaft der Ovambos befürchten, fordern hingegen, daß jede ethnische Gruppe eine gleichstarke Vertretung in der Zentralregierung erhalten soll. Auch äußern viele schwarze Delegierte starke Bedenken wegen der sich abzeichnenden Rassentrennungspolitik und ihren Folgen. Bei näherem Zusehen beinhaltet der Plan nichts weiter als eine verschleierte Bantustanpolitik. Dabei würde die weiße Minderheit die politischen Zügel in der Hand behalten und alle wichtigen Entscheidungen würden gefällt werden aufgrund der wirtschaftlichen Stärke der weißen Gebiete und der weißen Vorherrschaft im zukünftigen Beamtenapparat der Konföderation, sowie aufgrund der zu erwartenden Wahlrechtsbeschränkungen für das Parlament der Konföderation. Die Aufsplitterung in getrennte Gebiete würde der weißen Minderheit ermöglichen, die schwarze Uneinigkeit zu schüren und aufrechtzuerhalten, woraus sie den größten Nutzen ziehen würde.

SWAPO ist als die stärkste Opposition zu dem auf tribalistischer Basis und Stammeshäuptlingtum beruhenden Konzept der Turnhalle-

konferenz von den Verhandlungen über die zukünftige Verfassung ausgeschlossen. Die Weißen wie auch die traditionellen Häuptlinge lehnen eine fortschrittliche, über die Stammesorganisation hinausgehende politische Bewegung, wie die SWAPO, die eine wirkliche Volksbewegung ist, ab.

Die SWAPO wird in Namibia in ihrem Kampf für die Einheit des Landes unterstützt von der **N a m i b i a N a t i o n a l C o n v e n t i o n** (NNC), in der vier politische Organisationen von Schwarzen, insbesondere Hereros und Damaras, zusammengeschlossen sind. Es gibt eine Vielzahl von jungen, geschulten Schwarzen, die das von Südafrika manipulierte, korrumpierte Häuptlingssystem zurückweisen. Sie sind bereit, für Selbstbestimmung und volle Freiheit zu kämpfen. Die NNC bezeichnet die Turnhalle-Konferenz als ein von Südafrika inszeniertes Täuschungsmanöver, um den Westen irrezuführen und einzulullen. Für eine Teilnahme an der Turnhalle-Konferenz haben SWAPO und NNC präzise Forderungen gestellt. Sie lauten:

1. Freilassung aller politischen Gefangenen;
2. Möglichkeit der Rückkehr aller namibischen Flüchtlinge;
3. Aufhebung des Ausnahmezustandes in Ovamboland;
4. Rückzug aller südafrikanischen Polizei- und Streitkräfte aus Namibia;
5. Anerkennung der Befreiungsbewegungen als authentische Vertreter des Volkes;
6. Jede Verfassungsdiskussion muß unter der Aufsicht der UNO und der OAU stattfinden;
7. Die weißen Namibier müssen ihre südafrikanische Staatsbürgerschaft aufgeben;
8. Freie Wahlen unter UNO-Kontrolle.

Die SWAPO hat schon im Herbst 1975 eine detaillierte Diskussionsgrundlage für eine zukünftige Verfassung ausgearbeitet. Die SWAPO verspricht eine umfassende Gesetzgebung gegen Diskriminierung und jegliche Form von Rassismus (auch gegen Weiße). Namibia soll eine Republik werden, in der alle Namibier über achtzehn Jahren wahlberechtigt sein werden, und es soll ein blockfreies Land mit freundlichen Beziehungen zu allen Staaten sein.

Die Strategie der SWAPO zielt darauf, von den Vereinten Nationen als legitime und legale Regierung Namibias anerkannt und als Vollmitglied in der UNO aufgenommen zu werden. Die SWAPO hat auch bei der Verwirklichung des **N a m i b i a - I n s t i t u t s** in Lusaka (Sambia) maßgeblich mitgewirkt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen für die Internationale NGO-Konferenz gegen Apartheid («Neue Wege», Januar-Heft 1974), an der der UNO-Rat für Namibia und die SWAPO vertreten waren. Dort wurde im

einzelnen über die schnelle Verwirklichung des geplanten Namibia-Instituts diskutiert, ein Entwicklungsprojekt zur Ausbildung technischer Fachkräfte und Verwaltungspersonals und zur Erforschung des wirtschaftlichen Potentials des Landes (Bodenschätze, Landwirtschaft, Industrie). Dem damaligen Aufruf zur finanziellen Unterstützung des Instituts wurde von der UNO, von Regierungen und Organisationen, die sich für ein unabhängiges Namibia einsetzen, Folge geleistet. Die Ausbildung für die zukünftigen Kräfte für die Regierungsübernahme eines unabhängigen Namibias ist in vollem Gang.

Südafrika ist durch das Geschehen in Soweto und die Krisensituation in Rhodesien noch mehr als bisher unter Druck und ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit geraten. Es wird es sich nicht leisten können, die auf Ende 1978 versprochene Unabhängigkeit für Namibia noch weiter hinauszuschieben. Die Frage bleibt offen, ob die regierende Nationalpartei Vorsters eine friedliche Entwicklung und befriedigende politische Lösung in Namibia zustandebringt.

Helen Kremos

Zur UN-Wasserkonferenz 1977

Ein Lebelement wird knapp

Die Wasserkonferenz der Vereinten Nationen, die vom 14. bis zum 25. März 1977 in Mar del Plata (Argentinien) stattfinden soll, bietet eine einzigartige Gelegenheit, uns in letzter Minute mit dem Problem zu beschäftigen, das noch kaum erkannt, aber lebenswichtig ist. Der Tag rückt immer näher, an dem das Wohlergehen der Menschheit einfach deshalb nicht mehr gewährleistet sein könnte, weil es zu wenig Wasser von zureichender Qualität gibt. Seit dem Beginn der Geschichte kennt man Weltregionen, in denen es an Wasser mangelt. Neu ist hingegen die immer deutlicher werdende Erkenntnis, daß auch in solchen Bereichen das Wasser knapp wird, wo man bisher glaubte, es käme aus nie versiegenden Quellen.

Zwei Drittel der Weltbevölkerung leben in Entwicklungsländern, die meisten von ihnen unter erbärmlichen Bedingungen. Man muß davon ausgehen, daß mindestens ein Fünftel aller Stadtbewohner und drei Viertel der gesamten Landbevölkerung der Welt keine angemessene Trinkwasserversorgung haben. In den ärmsten Ländern sind es noch wesentlich mehr. Unsere erste Sorge muß die Veränderung dieser menschenunwürdigen Situation sein.

Allerdings ist ein ungeheurer Aufwand an Organisation und Kapital nötig, um durch die angemessene Wasserversorgung auch nur